

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord  
Postfach 1227 | 56402 Montabaur

-Gegen Empfangsbekanntnis-

**Verbandsgemeindewerke Nastätten  
Bahnhofstrasse 1**

**56355 Nastätten**

**REGIONALSTELLE  
WASSERWIRTSCHAFT,  
ABFALLWIRTSCHAFT,  
BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45  
56410 Montabaur  
Telefon 02602 152-0  
Telefax 02602 152-100  
Poststelle@sgdnord.rlp.de  
www.sgd nord.rlp.de

17.01.2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechp
33-GE 314 Rü/Mef	20.10.2017	Beate Ruffe
Bitte immer angeben!	Abt. 1.2/wa	Beate.Rueff

**Vollzug der Wassergesetze;**

**Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus der Quelle „Marienfels/Römerquelle“, WFG-Nr.: 303**

**Lage: Gemarkung Marienfels, Flur 32, Flurstück 314**

## **I. ERLAUBNISBESCHEID**

### **1.**

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Nastätten wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –WHG-), sowie den § 14, § 19 und § 92 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

### **wasserrechtliche Erlaubnis**

erteilt,

**zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung des Versorgungsgebietes „Hainau“**

1/9

#### **Kernarbeitszeiten**

09.00-12.00 Uhr  
14.00-15.30 Uhr  
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

#### **Verkehrsanbindung**

ICE-Bahnhof Montabaur  
Linien 460, 462, 480, 481  
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

#### **Parkmöglichkeiten**

hinter dem Dienstgebäude  
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,  
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter [www.sgd nord.rlp.de](http://www.sgd nord.rlp.de) erhalten Sie Hinweise zu deren Nutzung.

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen

**aus der Quelle „Marienfels/Römerquelle“, WFG-Nr.: 303 038 504,  
in der Gemarkung Marienfels, Flur 32, Flurstück 314,**

**Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.**

Die zulässigen Höchstentnahmemengen betragen:

**13 m<sup>3</sup>/h**

**300 m<sup>3</sup>/d**

**110.000 m<sup>3</sup>/a**

## **2. Antrags- und Planunterlagen:**

Der Erlaubnis liegen die von den VGW Nastätten erstellten Unterlagen und Pläne vom Juli 2004 zu Grunde.

Diese sind Bestandteil des Bescheides.

## **3. Befristung:**

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **31.01.2038**.

## **4. Auflagen und Bedingungen:**

4.1

Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der

Trinkwasserverordnung in der Fassung

vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.

- 4.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 4.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 4.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.
- 4.5 Die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG bedarf der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstraße 45, 56410 Montabaur.

**5. Auflagenvorbehalt:**

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

**6. Allgemeine Hinweise:**

Es ist zu beachten, dass

- 6.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 6.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 Abs. 1, 18 und 101 WHG steht,

- 6.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 6.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung des Wasserrechtes dient, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zulässig ist.
- 6.5 die Erlaubnis gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich ist,
- 6.6 eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§§ 13 WHG) gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit gilt und mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG) kann,
- 6.7 gemäß § 14 Abs. 3 LWG die Benutzung nach Ablauf der Frist im Rahmen der Erlaubnis bis zur Entscheidung über den Antrag auf Neuerteilung fortgesetzt werden darf, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit entgegenstehen. Der Antrag auf Neuerteilung der Erlaubnis ist spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

## **7. Kostenentscheidung:**

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

## **8. Kostenfestsetzung:**

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

**1.145,84 €**

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 1.128,58 €

Auslagen: 17,26 €

(Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 € bis 5.315,00 €) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das folgende Konto der

**Bundesbank Koblenz**

**BIC: MARKDEF1570**

**IBAN: DE10 5700 0000 0057 0015 06**

unter Angabe des Kassenzzeichens: **48022/18/2109/233/148011111** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

## **9. Begründung:**

Die Quelle „Marienfels/Römerquelle“ versorgt zusammen mit den Brunnen „Ehr“, „Hainau“ und „Niederbachheim“ die Ortsgemeinden Berg, Ehr, Hainau, Kehlbach, Marienfels, Miehlen, Nieder- und Oberbachheim mit Trinkwasser.

Im Hochbehälter Hainau wird das Rohwasser über einen Lochblechbelüfter und einen Filter entsäuert. Anschließend erfolgt eine Desinfektion mittels einer UV-Anlage.

Mit Bescheid vom 18.09.1974 hat die Gemeinde Marienfels eine bis zum 18.09.2004 befristete Bewilligung zur Grundwasserentnahme von 65.000 m<sup>3</sup>/a erhalten.

Aufgrund erhöhten Bedarfs wurde mit Bescheid vom 25.02.2005 erstmals eine Erlaubnis zur Entnahme von 110.000 m<sup>3</sup>/a erteilt.

Zum Schutz des Grundwassers für die Quelle „Marienfels/Römerquelle“ wurde mit Rechtsverordnung vom 27.03.1974 für die Schutzzone I und II ein bis zum 16.04.2004 befristetes Wasserschutzgebiet (WSG-Nr.: 403 341 258) festgesetzt. Die Rechtsverordnung für die Schutzzone III war bis zum 30.11.2012 befristet.

Im Zuge der Planung für die Umgehung L 335 Marienfels-Miehlen wurden von der Straßenbauverwaltung Grundwassermessstellen errichtet, welche dann auch für die Erstellung eines geologischen Gutachtens zur Neuabgrenzung mit herangezogen wurden. Die Neuabgrenzung des Wasserschutzgebietes erfolgte am 18.05.2016.

Einschränkungen der Schutzfähigkeit ergeben sich maßgeblich durch die landwirtschaftliche Nutzung und der Ortslage Marienfels. Die Analysen zeigen dementsprechende Nutzungseinflüsse; eine grundsätzliche Gefährdung der Schutzfähigkeit ist aber nicht gegeben.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG i. V. m. Ziff. 13.3.2 Anl. 1 UVPG hat ergeben, dass durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme nicht zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde für die Erteilung der Erlaubnis für die Benutzung des Grundwassers ergibt sich aus §§ 19 Abs. 1 Ziff. 1. c) aa), 92 Abs. 2 und 96 Abs. 1 LWG.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und eine Verschlechterung des Grundwasserkörper gem. § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG ausgeschlossen ist. Zudem wird durch die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschritten (§ 12 Abs. 1 WHG, § 13 Abs. 2 LWG).

Eine bis zum **31.01.2038 befristete Erlaubnis** konnte somit erteilt werden.

## **10. Wasserbuch:**

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

## **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einzulegen.

Der Widerspruch kann

1. schriftlich oder zur Niederschrift bei der

**Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord,  
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz**

**Kirchstraße 45**

**56410 Montabaur**

oder Postfach 1227, 56402 Montabaur

oder

2. durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur<sup>1</sup> an:

[SGDNord@Poststelle.rlp.de](mailto:SGDNord@Poststelle.rlp.de)

erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <https://sgdnord.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

Im Auftrag

(Ines Otte)

---

<sup>1</sup> vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73).

# Rechtsgrundlagen

Stand: Oktober 2017

- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S.2771);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG**) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127); zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 27.11.2015 (GVBl. S. 383)
- Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung-OGewV) vom 20.07.2011 (BGBl. I S. 1429);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I. S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 28.07.2017 (BGBl. I Seite 2808)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GVBl. S. 671);
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**LUVPG**) vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516)
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.11.2015 (BGBl. I S. 2010);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch § 48 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 487);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30.06.2017 (BGBl. I S. 2198);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.08.2014 (GVBl. S. 187);
- **Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2013, BGBl. I S. 2977, die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. S. 3154) geändert wurde; zuletzt geändert am 18.11.2015 (BGBl. I. S. 2076)
- **Infektionsschutzgesetz (IfSG)** zuletzt geändert durch Artikel 70 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I. S. 1474);
- **Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)** vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2833);
- **Landesnaturchutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert am 21.12.2016 (GVBl. S. 584);
- **Bundesnaturchutzgesetz (BNatSchG)** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.09.2017 (BGBl. I Seite 3434);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2831);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77);
- **Abwasserverordnung (AbwV)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 02. September 2014 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist;
- Landesverordnung über die **Selbstüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (SÜVOA)** vom 27.08.1999 (GVBl. S. 211), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127);
- Landesverordnung über die Beseitigung von kommunalem Abwasser (**KomAbwVO**) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 441 ff), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 16.06.1999 (GVBl. S. 132 ff);
- Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserabgabengesetz – AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114); zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 02.09.2014 (BGBl. I S. 1474)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes **AbwAG (Landesabwasserabgabengesetz – LabwAG)** vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), geändert durch § 125 des Gesetzes vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127) zuletzt geändert am 01.01.2016 (GVBl. S. 518);
- **Abgabenordnung (AO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist
- **Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG)** vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 08.12.2015 (GVBl. S. 439)
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S.277);
- Richtlinie 2006/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.02.2006 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft;
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I. S. 1513);
- **Süßwasserqualitätsverordnung (SüWaQuaV)** vom 20.09.1997 (GVBl. Seite 244);
- Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18.07.1978 über die Qualität von Süßwasser, das schmutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (78/659/EWG)
- Gewässerprogramm- und Qualitätsziel- Verordnung vom 13.02.2001 (GVBl. S. 78), zuletzt geändert am 06.10.2004 (GVBl. S. 465);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung – VawS**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.04.2017 (BGBl. S. 905);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG**) vom 07.08.1996 (BGBl.S.1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV**) vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), geändert durch Artikel 282 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2016 (BGBl. S. 2681);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung – BaustellIV**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 27 der Verordnung vom 03.07.2017 (BGBl. I S. 2066);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVrP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)
- **Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)** vom 27.10.2014 (BGBl. I S. 1643), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.07.2017 (BGBl. I S. 2834)
- **Landesstraßengesetz (LStrG)** in der Fassung vom 01.08.1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283)
- **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2833)
- **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2017 (BGBl. I S. 2773)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. 127)
- **JGSF-Verordnung** vom 01.04.1999 (GVBl. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127)